



Lobbykratie als Staatsprinzip

Wie Energie- und Pharmakonzerne die Demokratie untergraben

U nser gesundheitspolitischer Rundbrief vom August stellte anhand der Beitragsentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung (gKV) deutlich heraus, wie sehr die permanenten Erhöhungen den Auswüchsen des bestehenden Gesundheitssystems unterworfen sind: der Profitsicherung für die großen Pharmakonzerne sowie der in diesem Schatten immer kräftiger blühenden Korruption. Damit das Abschöpfen von Beiträgen aus des Bürgers Tasche nicht noch drastischere Ausmaße erreicht, bedien(t)en sich die Experten zahlreicher Gesundheitsreformen auch anderer Mittel der Umverteilung. Zum einen sind das die regelmäßig stattfindenden Leistungskürzungen bei der gKV und die damit einhergehenden privaten Zuzahlungen. Zum anderen ist es die Verbreiterung der Einnahmebasis durch die stete Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen. Beides wird gewiss Inhalt eines künftigen Rundbriefes sein.



Gegenwärtig vollzieht die Politik, angetrieben durch die im Hintergrund agierende Energie- und PharmaLobby, zahlreiche gefährliche Vorstöße, die eine neue Qualität erkennen lassen: Augenfällig wird vielen Menschen eine Unterwanderung der Demokratie sowohl durch den Geheimvertrag zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft zugunsten von Milliarden Zusatzprofiten für die Atomindustrie als auch durch die Mauscheleien im Gesundheitswesen, wie die detaillierten Vorgaben der

Pharmahersteller an das Gesundheitsministerium zur Aufweichung der Arzneimittelprüfung. Der Zweck auch hier der gleiche: Ausweitung der Gewinne auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.

Die Abgründigkeit, an der Bevölkerung vorbei zu regieren, wird in beiden Fällen noch durch den skandalösen Umgang von Schwarz-Gelb gesteigert. Die Koalition erklärt, es sei völlig normal, dass in Hinterzimmern Deals zugunsten der mächtigen Konzerne geschlossen werden, selbst wenn dabei die Sicherheit und die Gesundheit der Menschen auf dem Spiel steht. Es sei verfassungsrechtlich vereinbar, zuständige Ressorts von Beratungen auszuschließen, demokratischen Entscheidungen im Bundestag vorzugreifen, Gesetzesvorschläge so auszuarbeiten, dass der Bundesrat aufgrund seiner Mehrheitsverhältnisse umgangen werden könne – Gesetzesvorhaben, die sich ebenso offensichtlich gegen die Mehrheit der Bevölkerung richten. Damit offenbart sich diese Regierung deutlicher denn je als willfähriger Handlanger der mächtigen Energie- und Pharmakonzerne!

Die direkte Bedienung von Lobby- und Klientel-Interessen des Energie- und Pharma-Kartells durch die schwarz-gelbe Bundesregierung

Die Politik kennt zahlreiche nichtgewählte Interessenvertreter, vor allem aus der Wirtschaft. Zwar sind Parlamentarier in ihren Entscheidungen einzig ihrem Gewissen verpflichtet, doch wenn es darum geht, auf dieses Abstimmungsverhalten Einfluss zu nehmen, geben sich Lobbyisten die Klinke in die Hand. Bereits bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen ist diese Lobby an Schlüsselpositionen aktiv vertreten bzw. gibt diese vor. Häufig genug geht dabei das Gemeinwohl über Bord. Politische Vorgänge wie der Geheimvertrag mit den AKW-Betreibern könnten dies nicht anschaulicher zeigen. Ohne dass der Gesetzentwurf eine Abstimmung im Bundestag bereits passiert hätte, geht die Bundesregierung fest von der Fraktionsdisziplin ihrer Abgeordneten aus. Die Parlamentarier werden mit dem Atom-Deal vor vollendete Tatsachen gestellt. Eine demokratisch legitimierte Entscheidung – die freie Willensbildung nach bestem Wissen und Gewissen – gerät dabei zur Farce.

Mithilfe einer Regierung, die sich hemmungslos den Konzerninteressen der Energie- und Pharmamonopolisten andient, werden die Bürgerinnen und Bürger immer weiter geschröpft und viele regelrecht in Armut und Krankheit getrieben.

1. Nach monatelangen „Verhandlungen“ hat sich die Koalition Anfang September auf ein Energiekonzept geeinigt, das den Atomkonzernen einerseits milliardenschwere Zusatzgewinne beschert und andererseits deren marktbeherrschende Stellung in der Stromerzeugung weiter zementiert durch:

- eine um 8 bis 14 Jahre verlängerte Laufzeit der Atomkraftwerke
- eine niedrigere Steuer auf Brennelemente als geplant
- sowie den Wegfall von Investitionen für Sicherungen gegen Flugzeugabstürze bei älteren Meilern

In dem durch einen Zufall öffentlich gewordenen Geheimvertrag mit den vier großen Energiekonzernen wurden weiterhin großzügige Schutzklauseln eingebaut, welche die Betreiber vor strengen Sicherheitsstandards und höheren Steuern bewahren. Mit diesem schmutzigen Deal zwischen Bundesregierung und den AKW-Betreibern wird auch der Weg in eine alternative Energiepolitik massiv behindert, obwohl deutsche Unternehmen auf dem Gebiet effizienter alternativer Energietechnologien sogar marktführend sind. Zynisch werden von der Bundesregierung nicht nur Sicherheitsstandards abgesenkt, sondern es wird noch lautstark kund getan, dass der Gewinn der Atomkonzerne entscheidend dazu beitragen werde, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben!

Auf primitivste Art versucht die Regierung die Niederungen der Finanzkrise zu nutzen, wenn sie den Menschen gegenüber ihre politischen Gefälligkeiten an die Atomlobby mit dem schnelleren Stopfen von Haushaltslöchern (Brennelementesteuer, Fonds für erneuerbare Energien) schmackhaft machen will. De facto verkauft sich die schwarz-gelbe Koalition aufs Schamloseste an die vier großen Energiekonzerne. Dafür nimmt sie nicht nur alle Bürger in Haftung sondern auch die Risiken der Nuklearenergie fahrlässig in Kauf.

Die Endlagerung des Atommülls bringt weiterhin enorme, noch immer ungelöste Probleme mit sich. Das absaufende und vom Einsturz bedrohte Atommülllager Asse II, welches angeblich als Vorbild für Gorleben dienen soll, zeigt, dass von den Sicherheitsversprechen nichts zu halten ist.

Bei diesen für die Bevölkerung so wichtigen Entscheidungen beabsichtigt die Bundesregierung den Bundesrat zu umgehen – ein Vorgehen, das selbst Abgeordnete der Koalitionsparteien, unter ihnen auch Bundestagspräsident LAMMERT, für bedenklich halten. Doch als Vollstrecker von Konzerninteressen scheint Schwarz-Gelb tatsächlich einen offenen Verfassungsbruch und einen rücksichtslosen Angriff auf die Demokratie eingehen zu wollen.

2. Anfang des Monats wurde ebenfalls bekannt, dass Pharma-Lobbyisten tatsächlich RÖSLERS „Sparpläne“ zur Gesundheitsreform beeinflussen. Formulierungen über Änderungen am Arzneimittelparapaket zugunsten wirtschaftlicher Interessen der Pharmaindustrie entsprechen in wichtigen Teilen im Wortlaut den Direktiven des »Verbandes der forschenden Arzneimittelhersteller« (VfA). Im

Kern soll das Ministerium künftig per Rechtsverordnung auf die unabhängige Arzneimittelprüfung zugreifen können. Nutzlose, aber profitträchtige Medikamente hätten es mit dieser Aufweichung leichter, eine Marktzulassung zu erhalten und Innovationskrisen zu überbrücken. Politiker als ausführende Marionetten!

Wer sich Gesetzesvorlagen von der Pharmaindustrie diktieren lässt, von dem sind wohl kaum unabhängige, wissenschaftliche Nutzensanalysen und damit verbunden eine Begrenzung von Medikamentenpreisen zu erwarten. In sicherer Erwartung anhaltender Beitragssteigerungen wurde deshalb den Krankenkassen bereits ein Freifahrtschein erteilt, kassenabhängige Zusatzbeiträge von 1 % vom Bruttoeinkommen in diesem Jahr und 2 % im nächsten Jahr zu verlangen. Und deshalb richten Pharmaindustrie und die politischen Handlanger ihr Ziel auch auf eine komplette Entkoppelung vom Arbeitgeberanteil. Wir können sicher sein, dass sich mit dieser pharmaaorientierten Politik der hemmungslose Beitragsanstieg, die Leistungskürzungen und die sich ausweitenden Zuzahlungen fortsetzen werden.

Ist außer der zunehmenden finanziellen Belastung der Bürgerinnen und Bürger als Ergebnis bisheriger Gesundheitsreformen etwa die Rückläufigkeit der Volkskrankheiten zu verzeichnen? Trotz längst vorhandener medizinischer Möglichkeiten, welche die Kosten auf einen Bruchteil reduzieren könnten, gilt bis heute die Behandlung von Herz-Kreislauferkrankungen, von Krebs, von Diabetes, von Rheuma- und Gelenkerkrankungen mit teuren Pharmapräparaten weiterhin als der Kostentreiber im Gesundheitswesen – und als der Milliardenmarkt für die Pharmabranche.

Eine Abkehr von der Symptombehandlung entspräche demnach einem Horrorszenario für die Hersteller der patentierten Verkaufsschlager.

Die Kontrolle und der Einfluss durch die Pharmaindustrie auf die Gesellschaft richtet sich zunehmend auf eine Untergrabung von Demokratie und Menschenrechten.

Deutlich wird das an den letzten Aktionen dieser Monopolisten zum Ausbau ihrer Macht. Motiv ist natürlich nicht nur bloße Geldgier. Seit Jahren hinkt die Branche, denn es fehlen neue Blockbuster. Im Zuge des gegenwärtigen Marktberreinigungsprozesses geht es also darum, Konkurrenten und andere gewinnträchtige Unternehmungen aufzukaufen – nicht nur innerhalb des Pharmasektors. Zwangsläufig muss somit der Einfluss dieses Imperiums auf die ganze Gesellschaft immer gewaltiger werden. Eine gefährliche Entwicklung. Von freier oder gar sozialer Marktwirtschaft keine Spur mehr.

3. Die unliebsame Arzneimittelaufsicht wird zunehmend entmachteter. Im Auftrag von Big Pharma haben CDU/CSU und FDP auf einer Klausurtagung beschlossen, die Kriterien des »Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen« (IQWiG) zur Arzneimittelbe-

wertung künftig per Rechtsverordnung durch das Gesundheitsministerium vorzuschreiben. Die Politik soll also unter Einbeziehung der pharmazeutischen Industrie die Bewertungsmaßstäbe festlegen können, nach denen sich der Zusatznutzen für ein neues Medikament bemisst. Bisher gab diese Kriterien der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten und Krankenhäusern vor. Offenbar hatte das Institut zu häufig Arzneimittel als Scheinmedikamente ohne einen Zusatznutzen bewertet, weil diese keine Verbesserungen brachten. Der Pharmaindustrie jedenfalls war das unabhängige IQWiG seit seiner Gründung 2004 ein Dorn im Auge. Immerhin geht es hier um den Erhalt eines Milliardengeschäfts.

Und so hatte schließlich der Leiter des Instituts, Dr. PETER SAWICKI im Sommer d.J. seinen Hut nehmen müssen. Gegen die beabsichtigte Verwässerung der Bewertungsmaßstäbe wehrt sich nun sein Nachfolger, Dr. JÜRGEN WINDLER: „Jedenfalls geht es nicht an, dass man Patienten zumutet, unnütze Pillen zu schlucken, nur um den Interessen der Hersteller entgegenzukommen.“

Die angestrebte Änderung im Aufsichtsverfahren wurde aus den Reihen von Schwarz-Gelb klar damit begründet, dass der „Pharmastandort Deutschland attraktiv“ bleiben sollte. Hier ist sogar eine Klausel enthalten, die es den Pharmakonzernen gestatten würde, ganz aus einer Nutzensanalyse aussteigen zu können. Arzneimittel mit „nur geringer wirtschaftlicher Bedeutung“ könnten von dem Kontrollregime befreit werden. Eine Einladung also zu Ausweichstrategien in der Form, dass auch ungeprüfte Medikamente in den Markt kommen und breit verordnet werden könnten. Ein weiteres Zugeständnis an die Pharmaindustrie.

4. Die Pharmabranche startet immer wieder Kampagnen gegen die Erfolge wissenschaftlich begründeter Naturheilverfahren in der Behandlung von Krankheiten wie auch bei deren Vorsorge. Der Umfang wissenschaftlicher Erkenntnisse auf dem Gebiet der Mikronährstoffforschung nimmt bedrohlich zu und immer mehr Menschen wenden diese Fortschritte für die eigene Gesundheit an. Pharmaunternehmen fürchten deshalb erheblich um ihre Milliardeneinnahmen aus dem Geschäft mit der Krankheit. Verzweifelt wird nun versucht, eine Änderung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches herbeizuführen. Im Schatten der Sommerpause wurde still und fast unbemerkt ein diesbezüglicher Gesetzentwurf eingebracht. Wieder einmal unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes soll der § 2 Abs. 3 (LFGB) mit dem Ziel überarbeitet werden, den Zusatzstoffbegriff anders zu definieren.

Das hätte zur Folge, die Vermarktungsfähigkeit von derartig angereicherten Lebensmitteln – eben auch von Nahrungsergänzungsmitteln – zu erschweren. Und hierauf zielt wohl im Wesentlichen die beabsichtigte Gesetzesänderung ab. Allerdings dürfte es schwer werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat in einem vorigen Urteil bereits in aller Deutlichkeit klargestellt, dass selbstverständlich Nahrungsergänzungsmittel zu den Lebensmitteln gehören und deshalb im Rahmen des Zusatzstoffrechts nicht anders zu behandeln sind. Genau dies mag anscheinend den Überwachungsbehörden und den dahinterstehenden Pharmafirmen nicht passen. Es gibt diesbezüglich keine Rechtsunsicherheit, also ist auch keine Änderung notwendig.

Denn nach der aktuellen Rechtslage ist es selbstverständlich auch jetzt Lebensmittelfirmen untersagt, gesundheitlich

bedenkliche Stoffe auf den Markt zu bringen. Zuwiderhandlungen können sofort geahndet werden.

Wieder einmal wird also der Versuch unternommen, pauschal ganze Produktkategorien wie Nahrungsergänzungsmittel, diätetische Lebensmittel und angereicherte Lebensmittel zu diskriminieren, angeblich wegen möglicher Gesundheitsrisiken. Dies sogar für übliche und offensichtlich völlig ungefährliche, ja lebenswichtige Stoffe, wie Vitamine, Mineralstoffe und Aminosäuren. Aufgrund der erdrückenden wissenschaftlichen Beweise zur Wirksamkeit dieser nicht patentierbaren Mikronährstoffe geht wohl in Pharmakreisen die Angst um, dass gerade durch vorbeugenden Gesundheitsschutz ihr Geschäftsmodell ins Wanken gerät.

Aber der wissenschaftliche Fortschritt kann nicht auf Dauer von einer durch und durch profitorientierten Medizin blockiert werden. Einsprüche in Form von rechtlichen Beanstandungsverfahren sind bereits beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eingegangen.

Der Angriff der Pharmedien auf das Verbot der Direktwerbung für verschreibungspflichtige Arzneien

5. Obwohl Arzneimittelhersteller gesetzlich daran gehalten sind, sich vom Patienten fernzuhalten, bei ihm nicht direkt für ein verschreibungspflichtiges Medikament zu werben, nutzt die Pharmaindustrie etliche Möglichkeiten dieses Verbot zu umgehen – mitunter sogar mit freundlicher Unterstützung von staatlicher Seite. Das Buch der beiden Journalisten CAROLINE WALTER und ALEXAN-



DER KOBYLINSKI „Patient im Visier“* zeigt, wie die Praktiken illegaler Direktwerbung aussehen, was sich hinter erster und zweiter Veröffentlichungswelle verbirgt, wie konzentrierte Ballungsraumaktionen, Messen und Roadshows mit Prominenten den Verkaufserfolg steigern helfen und mit Hilfe der Medien – auch der öffentlich-rechtlichen – das Geschäft mit der Krankheit kräftig vorangetrieben wird. Im Auftrag von Pharmafirmen formulieren PR-Agenturen Texte vor, die Journalisten nur noch in Zeitschriften übernehmen müssen. Das Internet wird von der Pharma nicht ausgespart: Im Auftrag der Industrie tummeln sich scheinbar Betroffene in Diskussionsforen herum und verteilen „gutgemeinte Hinweise“ an Patienten. Gezielt werden soziale Netzwerke unterwandert, so wie man es bereits von Selbsthilfegruppen aus der nicht-digitalen Welt kennt. Oder die Firmen betreiben Internetseiten gleich selbst.

So wird jeden Tag massiv Einfluss auf die Bevölkerung genommen. Trotz des Verbots werben Arzneimittelhersteller nicht nur dafür, sich bestimmte Medikamente zu kaufen, sondern Patienten werden manipuliert, sich die beworbenen Präparate durch den Arzt verschreiben zu lassen. Die angeblich neuesten Wirkstoffe lassen natürlich die Kassen bei den Pharmaherstellern klingeln. Weil die Arzneien oftmals nicht genügend erprobt sind, trägt der Patient ein zusätzliches Risiko. Die Autoren stellen dar, wie skrupellos besonders Schwerkranke ausgenutzt werden. Sie decken auf, warum die Zielgruppen der Krebskranken und Altersdementen besonders lukrativ sind. Demnach fahren allein Krebsmedikamente einen Umsatz von 53 Milliarden Dollar ein. Darin noch gar nicht berücksichtigt ist der durch die „Chemo“ künstlich erzeugte Markt zur „Bekämpfung“ all ihrer gravierenden Nebenwirkungen. Bei solchen Profitabsichten fällt es nicht schwer, hier für die Lobbyarbeit beträchtliche Mittel abzuzweigen. Die NZZ wusste zu berichten, dass das Pharmakartell den größten Krebs-Jahreskongress in Chicago mit 50 bis 100 Millionen Dollar finanziert. Geld, das auf Kosten von Gesundheit und Leben von Betroffenen in der gleichen Größenordnung zusammengegrafft wurde.

Dass die Pharmakonzerne ebenso Ärzte, z. B. bei der Vergabe neuer Medikamente oder bei Testreihen neuer Mittel beeinflussen, dürfte sich mittlerweile rumgesprochen haben. Die perfide Ausnutzung einer solchen Einflussnahme auf Arzt und Patient nimmt bisweilen makabre Züge an: Im Glauben, ihnen werde endlich Heilung zuteil, schätzen sich etliche Patienten stolz, an solchen von der Pharmaindustrie betriebenen Testreihen teilnehmen zu können. Doch während bei dem einen oftmals die Gesundheit auf der Strecke bleibt, klingelt bei dem anderen in jedem Fall die Kasse!

Der Einfluss der Pharmabranche auf die Politik in Europa geht soweit, dass das noch geltende Werbeverbot für verschreibungspflichtige Medikamente gelockert werden soll. Die Industrie probte bei der EU-Kommission einen entsprechenden Vorstoß. Hauptakteur war dabei GÜNTHER VERHEUGEN, zu diesem Zeitpunkt zuständig für Industriepolitik.

Auch scheuen sich Pharmaunternehmen keinesfalls, prominente Politiker in ihr Lobbyisten-Team einzubinden, wie z. B. die ehemalige Grünen-Politikerin ANDREA FISCHER, die sich als „ehemalige Gesundheitsministerin“ besonders gut verkaufen lässt.

* *Patient im Visier. Die neue Strategie der Pharmakonzerne.*
(ISBN 978-3-455-50151-3)

Absurde Anreize zum Pillenschlucken

6. Wie verkappt und dreist Probleme der Patienten verdreht werden, macht folgender Vorschlag deutlich, der Anfang dieses Jahres verstärkt die Runde machte. Weil 50 % der Patienten angeblich ihre Medikamente nicht einnehmen – die Rede ist hier sogar von einer Volkskrankheit: der „Verweigerung“ (Non-Compliance) –, denken Mediziner tatsächlich über eine Entlohnung für „folgsame Kranke“ nach. Damit sich Patienten, vor allem psychisch Kranke, nicht mehr so eigensinnig oder unkooperativ verhalten, sollen sie mit etwas Geld zum Pillenschlucken angehalten werden. Oder vielleicht lieber einen Geschenkgutschein? Anstatt den wirklichen Ursachen der Krankheit auf den Grund zu gehen, wird der Versuch unternommen, die Erkrankung an der nachlässigen Einnahme oder gar Nichteinnahme der Medikamente festzumachen. Endlich ist also der Grund gefunden, warum trotz des so „strotzenden medizinischen Fortschritts“ und der „gewaltigen Anstrengungen der Arzneimittelforschung“ die Volkskrankheiten noch immer nicht eingedämmt werden konnten! Das dies ernst gemeint ist, zeigen Beiträge in medizinischen Fachzeitschriften, worin gefordert wird, dieses Problem rasch und unorthodox zu lösen. Die größere Teilnahme an Impfungen ließe sich auf diese Weise genauso lösen. Genügend Überkapazitäten an vor sich hin lagernden Schweinegrippe-Vaccinen gibt es ja bereits. Schließlich meinen es die Hersteller ja nur gut mit der Bevölkerung und die alten teuren Impfstoffe könnten entsorgt werden.

Überdeutlich zeigt sich an diesen Beispielen, wie die Lobby von Energie- und Pharmakonzernen zur Sicherung ihrer Wirtschaftsinteressen immer mehr Einfluss auf die politischen Handlungsträger und damit auf Entscheidungen nimmt, welche die ganze Gesellschaft betreffen. Es steht außer Frage, dass dieses Machtkartell nicht davor zurückschreckt, Menschenrechte zu verletzen, wissenschaftliche Erkenntnisse zu unterdrücken oder Forschungsergebnisse zu verfälschen, sobald diese den Profit schmälern, und andererseits ganze Wissenschaftszweige über finanzielle Abhängigkeiten in den Dienst des Profits zu stellen.

Was Sie jetzt tun können

- **Legen Sie diese hinterhältigen Mächtschaften und den immer aggressiveren Angriff auf die Demokratie offen.**
- **Nutzen Sie dazu auch diesen Rundbrief; geben Sie ihn an Freunde, Bekannte und Nachbarn weiter. Die Gefahr ist groß, dass eines Tages ein Widerstand nicht mehr ohne weiteres möglich ist.**
- **Konfrontieren Sie Ihre Abgeordneten im Wahlkreis mit diesen Entwicklungen und fordern Sie sie auf, Änderungen zu bewirken.**